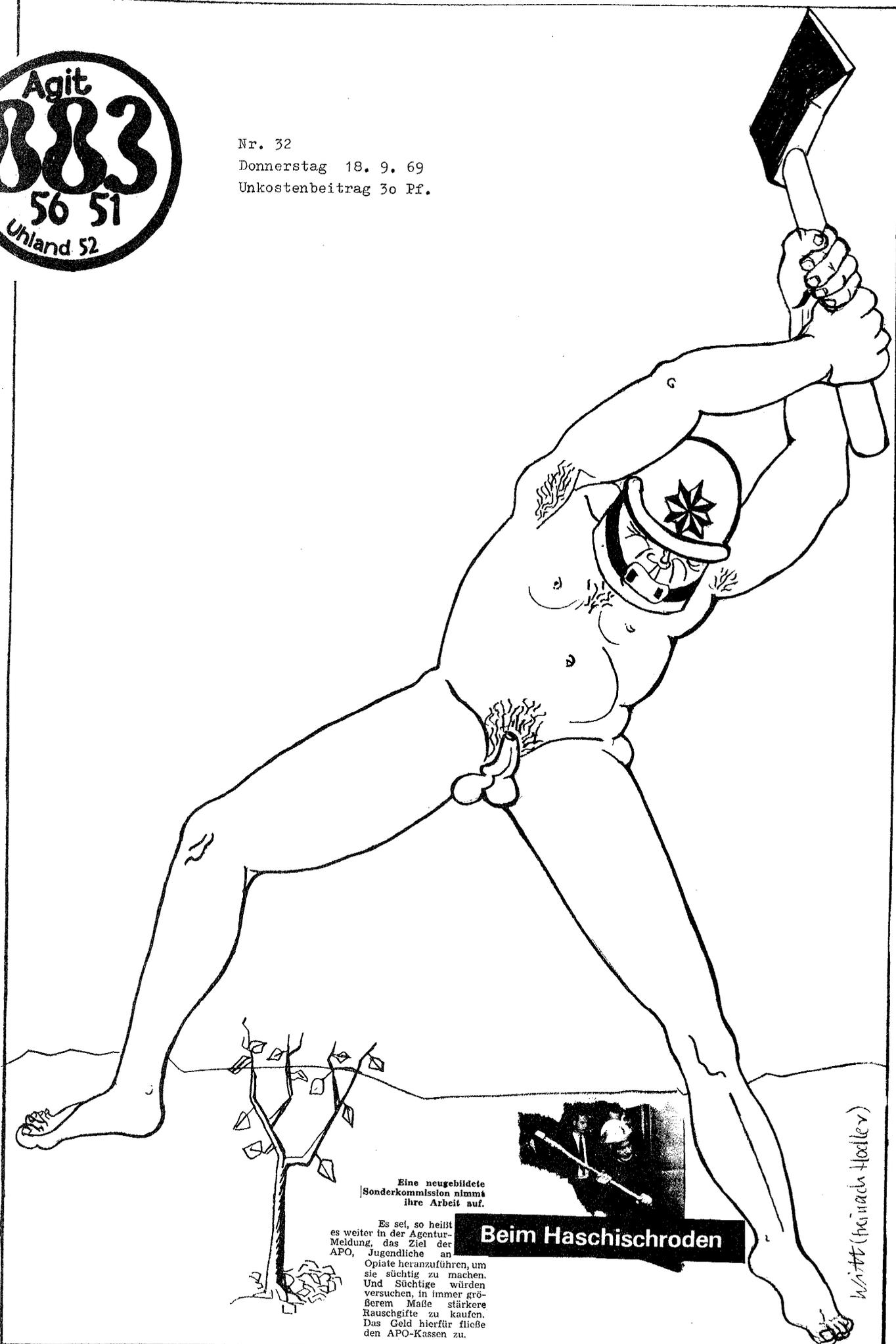




Nr. 32
Donnerstag 18. 9. 69
Unkostenbeitrag 30 Pf.



Eine neugebildete
Sonderkommission nimmt
ihre Arbeit auf.

Es sei, so heißt
es weiter in der Agentur-
meldung, das Ziel der
APO, Jugendliche an
Opiate heranzuführen, um
sie süchtig zu machen.
Und Süchtige würden
versuchen, in immer grö-
ßerem Maße stärkere
Rauschgifte zu kaufen.
Das Geld hierfür fließe
den APO-Kassen zu.



Beim Haschischroden

Witt (Heinrich Hodler)



Am Freitag voriger Woche riß sich die "dritte Gewalt" des "demokratischen Rechtsstaats" endgültig die Maske vom Gesicht und leistete ihren Offenbarungseid als Prügel in der Hand der Herrschenden. Sorgfältig ausgesuchtes Opfer der Vollstrecker des gesunden Volksempfindens war der Genosse Günter Schmiedel, der von einem hamburgischen Schöffenrichter zu 21 Monaten Gefängnis + 1000 DM Geldstrafe verurteilt wurde. Als Tatbestände mußten wieder einmal die preußischen Uralt-Paragrafen über "schweren Aufruhr" und "schweren Landfriedensbruch" erhalten, mit denen schon hohenzollerische Majestäten ihren Untertanen die rechte Liebe zum Kaiser einflößten.

21 Monate ist die bisher höchste Strafe, die gegen einen bei Demonstrationen verhafteten Genossen festgesetzt wurde. Auch schon die 7-monatige U-Haft läßt die Absicht dieser "Rechtsprechung" erkennen: 1. die Demoralisierung und Kriminalisierung der Genossen, um sie zur Aufgabe ihres Widerstandswillens zu zwingen und 2. die Abschreckung kritisch gewordener Bürger vor einer Solidarisierung mit der sozialistischen Opposition.

Diese Tendenz wird durch den Umstand, daß Schmiedel kaufmännisch, also Lohnabhängiger ist, besonders erkennbar. Meinte man sich bei durch "versponnene links-Professoren verführten Studenten" noch ein gewisses Maß an Toleranz als Alibi-Funktion leisten zu können, so muß bei einem "Normalbürger" natürlich um so mehr ein Exempel statuiert werden. Die Leute könnten ja am Ende auf den Gedanken kommen, ihre Probleme ebenfalls demonstrativ zu manifestieren.

Der Fall ist bisher so einmalig, daß sogar die bürgerlich-liberale Presse mal wieder meinte, ihr sensationalistisches Süppchen kochen zu müssen und ihre Leser mit humorigen Zitate aus der Anlagenschrift und witzblattreifen Aussagen der polizeilichen Belastungszeugen vergnügte:

Zeuge: "Schmiedel war das Zentrum der Unruhen?"
 Richter: "Warum?"
 Zeuge: "Er hat mit den Umstehenden gesprochen" oder
 "Schmiedel verhielt sich insofern auffällig, als er sich völlig unauffällig benahm"
 (Tagespiegel v. 13.9.69).

Diese Leute hatten natürlich völlig recht, denn sie waren ja von der Polizei, wollten sicher in die 70er Jahre und hatten daher auch keine "erkennbaren Vorurteile gegen obrigkeitliche Maßnahmen" wie andere Zeugen (so Richter Mentz in der Urteilsbegründung).

Eine genauere Analyse dieses Prozesses ist in APO-PRESS HAMBURG

Liebe Genossen!
 Denkt und schreibt über und an Karl-Heinz Rawla, 1-27, Seidelstr. 39, Gef. Buch Nr. II 2266/5/180.
 Er hat Einzelhaft, es geht ihm sehr schlecht. Helft ihm wo Ihr könnt.
 Ich versuche es auch.
 Heide

DIE OHRRIGE, DIE DEUTSCHLAND BRAUCHTE

... Es brauchte sie, damit viele sich endlich die Wunderbrille von Günter Grass aufsetzen können, während Kurt Georg Kiesinger wie ein falscher Blinder seine Augen mit der schwarzen Brille verdeckt, die so viele getragen haben, um sich der Wirklichkeit zu verschließen.

Und es brauchte sie von der Hand einer Frau, denn man achtete nicht darauf, ob es Frauen waren, als man sie in die Verbrennungsanlagen trieb, als sie unter den Bombenangriffen starben, als sie unter der Folter aufschrien...

Das ist der Grund, der mich dazu im Namen der 50 Millionen Toten und der künftigen Generationen in das abstoßende Gesicht der 10 Millionen Nazis zu schlagen damit sie alle die gleiche Scham empfinden und sich die gleiche Röte der Ohrrige auf ihren Wangen abzeichnet.

Beate Klarsfeld

JUSTIZTERROR

IN HAMBURG
 21 Monate - eine neue Qualität der Klassenjustiz

Das kriminell-faschistische Terrorurteil gegen Günter Schmiedel zeigt einmal mehr die totale Sinnlosigkeit, auf scheinbar legale Befürwortung die Justiz hat sich eingelassen. Was sie in Wahrheit ist, Klassenjustiz und Marionette der herrschenden Klasse. Der Staatsanwalt (er forderte 3 Jahre Gefängnis) und der Richter (er gab 1 Jahr u. 9 Monate und DM 1000.- Geldstrafe) könnten auch in Madrid, Athen, Saigon oder Südafrika anklagen und "Recht" sprechen. Das Resultat wäre überall dasselbe!

Wie viele jüdische Kinder muß eine Nazi bestie geschlachtet und wie viele Geiseln muß einer umgebracht haben, um in diesem "Rechts"-Staat 21 Monate hinter Gitter zu kommen? In dieser westdeutschen "Wohlfahrtsrepublik", wo die viehischen Massenmörder frei herumlaufen, einer der ersten NS-Propagandisten Bundeskanzler ist, während im Hintergrund Strauß und Thadden lauern, um endlich legal die Macht übernehmen zu können und die KZ's für "Tiere", Untermenschen, unwertes Leben etc. einrichten zu können, wird ein junger Anti-Faschist und Demokrat zu einer Haftstrafe verurteilt, deren Höhe ihresgleichen sucht. Günter Schmiedel, dessen Gewissen ihn zum Widerstand gegen die undemokratischen Verhältnisse, gegen die Klassengesellschaft und die erschreckende Refaschisierung rief, erlebt den ganzen brutalen Terror einer antihumanen, unsozialen Justiz, die sich nur noch als Handlanger der Polizei und der herrschenden Clique begreift.

Nicht nur der Genosse Schmiedel soll mit diesem Urteil getroffen werden, gemeint sind wir alle. Alle die, die noch glauben, auf evolutionärem Wege, durch Reformen und kleine Verbesserungen könnte etwas geändert werden, mögen sich fragen, ob sie immer noch ernsthaft diese Möglichkeit in Betracht ziehen. Was jetzt primär wichtig ist, ist die Solidarität mit dem Genossen Schmiedel. Geben wir den Herrschenden die richtige Antwort auf ihr terroristisches Urteil, solidarisieren wir uns nicht nur verbal und theoretisch!

PRINZIPITÄT FÜR SCHMIEDEL!
 Werner Olles
 G, Nr. 12, 2-Hamburg 4, Ankn. 32.



links
 Sozialistische Zeitung

Neugründung
 bringt monatlich auf etwa 24 Seiten Aktionsmodelle, Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Berichte aus der Linken international.
 Bezugspreis für 1969 7,50 DM.
 Probenummer bei Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 625.

Zum Herausgeberkreis gehören: Frank von Auer, Egon Bocker, Christel Sellmann, Hans-Jürgen Benedict, Ernst Bloch, Heinz Brakemeier, Hermann Brammerts, Gerhard Brandt, Andreas Büro, Frank Deppa, Oespik K. Fischheim, Helmut Goltwitzer, Wilfried Goltzschat, Helmut Halberstadt, Heinrich Hannover, Holger Heide, Joachim Kahl, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Heinz Kopp, Bodo Manstein, Willi Michel, Wolf Dieter Narr, Alfred Riedel, Gert Schäfer, Ursula Schmiederer, Tom Schroeder, Marlin Stankowski, Wolfgang Streck, Herbert Stubenrauch, Klaus Vack, Egon Wolferts.

"EINSEITIGE" politische Bildung in Westberlin

Im Juni dieses Jahres wandte sich die Westberliner Diffamierungs-Maschinerie aus dem Bringer-Haus gegen den Weddingler Lehrer H. Frohn.

Ursache: In einer Verkehrsunterrichtsstunde einer 4. Klasse gelang es dem unterrichtenden Polizeiobermeister Gerd O. nicht, die Schüler an kritischen Fragen und Bemerkungen zum Polizeieinsatz bei Demonstrationen zu hindern. Der Ordnungshüter mochte diesen Schlag gegen seinen Stand nicht hinnehmen und meldete seine Erlebnisse dem Polizeipräsidenten. Gleichzeitig gelangte der Bericht in die Verbandszeitung der Gewerkschaft der Polizei. Von dort war der Weg in den Springer-Blätterwald nicht weit. Man witterte sofort, natürlich völlig richtig, daß der Klassenlehrer an diesem seltenen Phänomen beteiligt sein mußte. Bild forderte: Der Lehrer gehört suspendiert!

Jetzt meldet sich auch die Schulverwaltung in einer ersten Stellungnahme. "Die Weddingler Schulen hatten stets ein hervorragendes Verhältnis zur Berliner Polizei. Ich bedaure sehr, daß wir jetzt diesen Vorfall bearbeiten müssen," sagte Volksbildungsstadtrat H. Kollat zu Bild, "der Lehrer muß am Montag im Schulumat antreten. Wenn ich es möglich machen kann, bin ich dabei."

Drei Tage nach dem 'Antreten' beim Vorgesetzten erfuhr Lehrer Frohn, daß nunmehr die Voremittlungen nach der Landesdisziplinarordnung gegen ihn eröffnet worden seien.

Obwohl sämtliche Eltern der Schulklasse Frohn's dem Lehrer guten, demokratischen Unterricht in einer schriftlichen Erklärung bescheinigten, obwohl der Institutsrat des Otto-Suhr-Instituts an der Freien Universität sich mit Frohn solidarisiert, und die Einstellung des Disziplinarverfahrens fordert, obwohl der Sozialistische Lehrerbund Westberlin die Unterrichtsarbeit des Kollegen in einer Presseerklärung voll unterstützt, erhebt die Berliner Schulverwaltung schwere Vorwürfe.

Bei den Ermittlungen gegen Frohn erreichte man in den Heften der Schüler einen Diktattext, der als unübersehbarer Beweis für Verrat des Grundgesetzes und der Berliner Verfassung erhalten soll. Der Text heißt:

"Nixon in Berlin. --- Der amerikanische Präsident besuchte am Donnerstag West-Berlin. Er kam nach Deutschland, um mit den herrschenden Männern über die Interessen Amerikas und seiner Unternehmer zu sprechen. Nixon selbst ist ein Millionär und guter Vertreter der amerikanischen Unternehmer. Unsere Zeitungen haben ihn schon vor seinem Besuch als einen netten Menschen beschrieben. Kein Wunder, daß viele Berliner ihn gut leiden können, wenn sie nur gute Dinge über Nixon wissen, Kein Wunder, daß die, welche auch andere Dinge über Nixon wissen, nicht gegen ihn demonstrieren dürfen. Kein Wunder, daß die Strafen Berlins nur von begeisterten Menschen voll waren." Von diesem Text meinte die Schulbürokratie, daß er unzulässige einseitige politische Meinungsbildung beinhalte. In ihrem Bemühen, die Schule sauber und auf dem "rechten" Kurs zu halten, sind die Verwalter des pädagogischen Apparates jetzt jedoch ins Schwitzen geraten. Aus einer Neuköllner Grundschule wurde nämlich bekannt, daß unter der gleichen Überschrift (Nixon in Berlin) folgendes Diktat geschrieben wurde:

"Der amerikanische Präsident Nixon besuchte am 27. Februar unsere Stadt. Alle Berliner jubelten ihm zu. Der Präsident ist unser Freund und schützt uns vor Kommunisten. Nixon ist ein Freund der Arbeiter, besonders der schwarzen Arbeiter in Amerika. In Vietnam verteidigt er die Freiheit und den Frieden der Menschheit. Nixon kann sich in seinem Kampf auf jeden einzelnen von uns verlassen."

Der Neuköllner Lehrer, der diesen Text in seiner 4. Klasse diktierte, beantragte ein Disziplinarverfahren gegen sich. Es ist der Meinung, daß er in diesem Text einseitige politische Bildung vermittelt habe. Einen besondern Knüller erhält die Situation dadurch, daß gegen den Neuköllner Lehrer bereits seit einem halben Jahr disziplinarrechtliche Ermittlungen laufen, allerdings wegen linkspolitischer Meinungsmache.

CORDIANS
 IN VIEREN FARBEN
 NACH FÜR MÄDCHEN

DEANSJACKEN
 WHITE & BLUE LEVIS

KOMMISSAR
 LEDERJACKEN AB 120,-

BERNARD
 MEN-SHOP
 BERLIN 62
 HERTZFSTR. 62
 TEL. 4 332 76
 SCHÖNEBERG
 INNEBRUCK
 BUS 44, 48

PULLIS
 K. ENGEL HEMDEN

WILHELM STRAUSS
 LÄNGER STRASSE

LINKS ZEITUNGEN
 1969

PO&PO
 Alle Posters zu Discount-Preisen
 Wasserfarben und andere Spezialfarben
 Schmelz, Filzen, Näbchenklöschchen
 Gebrauchte Pop-Platten (auch Akustik)
 Versand wie Neues

HEADSHOP
 Berlin 31 Sigmaringer Str. 12 Mo-Fr 10.00-19.00

SCHREIBT DEN GENOSSENEN DIE IM KRAST SIZEN!!

Abendveranstaltungen mit Ostberliner Gästen:
 Sonntag: "Klassenkampf in Deutschland - 20 Jahre DDR"
 Sonntag: DDR-Autoren lesen und diskutieren
 Montag: Ein politischer Dokumentarfilm.
 Dienstag: Diskussion über die Zukunft Westberlins.
 Mittwoch: "Kulturrevolution in der DDR"
 Donnerstag: Ein neuer DDR-Sinfonieorchester.
 Freitag: Diskussion über die Schullehre in der DDR.
 Sonntag (27.9.): Politische Chansons mit Ostberliner Künstlerinnen
 Region jeweils um 20.30 Uhr. (Stille auch Veranstaltungsprospekt)

REALITÄT DDR

Eine Ausstellung über 20 Jahre DDR in der DREHSCHLEIBE, Platzburger Str. 20. Fotos, Zeit-schriften, Zeitungen, Schulbücher und das Modell vom Aufbau der Ostberliner Stadtzentren.
 In der Zeit von Sonntag, 20. September, bis Sonntag, 27. September, täglich ab 17 Uhr geöffnet.

Ringelpietz im Kreuzberg

Am dritten Sonntag im Juli versammeln sich bei einem Straßenfest auf dem Oranienplatz, Ecke Naunynstraße in Kreuzberg vor dem Laden des Büros für Stadtsanierung etwa 100 Arbeiter und Studenten, Bank und Stühle werden auf den Bürgersteig gebracht, ein Faß Bier aufgemacht, Kinder schauen in einer Hängematte, dazu Musik aus einem Tonbandgerät. Rote Fahnen und rote Lampions bestimmen das Straßenbild. Eine Straßentheatergruppe erklärt den Bewohnern des von Totalabriß bedrohten Arbeiterviertels ihre Situation: 16 000 relativ billige Arbeiterwohnungen sollen abgerissen werden und Neubauwohnungen für "mittlere Einkommen" weichen. Die systematische Verknappung des Altbaubestandes soll die Arbeiter in die Stadttrandsiedlungen mit ihren dreifach höheren Mieten zwingen. Bei gleichzeitiger drastischer Reduzierung des "sozialen" Wohnungsbaus soll der Mangel an Wohnraum künstlich aufrechterhalten werden, um die Ausbeutung auf diesem Sektor nach Einführung des Weißen Kreuzes verschärfen zu können. Die Arbeiter stehen den radikalen Lohnkürzungen durch Baugesellschaften und Hausbesitzer ern völlig unorganisiert gegenüber. Gegen halb 9 erscheinen mehrere Mannschaftswagen der Bereitschafts-Polizei. Nach einmaliger kurzer Aufforderung, den Bürgersteig wegen angeblicher Verkehrsbehinderung freizugeben, versucht ein massiver Bulleneinsatz die Menschenmenge auseinanderzuknüppeln. Ein Student wird niedergeschlagen. Drei besonders eifrige Bullen knüppeln die roten Lampions von den Bäumen.

Aber die Rechnung der Bullen geht nicht auf: die Arbeiter solidarisieren sich, der Versuch die Arbeiter von den Studenten zu isolieren mißlingt. Studentische Abwiegler ("Keine Konfrontation mit der Polizei, wir machen uns bei der Bevölkerung unbeliebt!") werden von den Arbeitern zurückgepfiffen: "Ihr habt doch sonst immer so große Klappe! Jetzt wird hiergeblieben!" Die Polizisten werden unsicher. Der Knüppel will nicht mehr sorecht. Liberale Polizisten weisen daraufhin, daß man vergessen habe, die Räumungsaufforderung 3 mal zu wiederholen. Der Einsatzleiter bläst zum Rückzug.

Ein Sprecher der Basisgruppe spricht durch Megaphon zu den Anwesenden, deren Zahl sich inzwischen beträchtlich erhöht hat. Die Fenster der umliegenden Häuser haben sich geöffnet.

"Kreuzberger! Wenn wir hier auf unserer Straße ein Fest feiern, dann ist das unsere Sache. Dazu brauchen wir keine Polizei. Und wenn sich tatsächlich irgendjemand der Anwohner durch die Musik gestört gefühlt hätte, wie die Polizei behauptet, dann wäre der doch selbstverständlich zu uns gekommen und hätte sich bei uns beschwert und wir hätten dann die Musik leiser gestellt. Wir können unsere Angelegenheiten selbst regeln, dazu brauchen wir keine Polizei. Wir fordern die Polizei auf, die Straße zu räumen und sie der Bevölkerung freizugeben. Heftiger Beifall." Die Einsatzleitung schlägt nach längerer Beratung eine andere Taktik ein, die weiche Welle: "Nun seien wir doch alle ver-

nünftig und gehen nach Hause!" Die Auseinandersetzung zieht sich per Megaphon noch etwa 1/2 Stunde hin, dann berichtet ein Sprecher der Basisgruppe von der Verschleppung der Bundeswehr-Deserteure und ruft zur Solidaritätsdemonstration auf dem Ku-Damm. Das Fest wird abgebrochen.

6 Wochen später, am 6. September, erscheint Schütz auf einem von Kreuzberger Bezirksamt organisierten Kinderfest auf der Naunynstraße. Er gibt sich als Landesvater, schüttelt Hände und tätschelt kleine Kinder: "Wie heißt du denn, Kleiner?" Die Basisgruppe ist auf diesen Zeitpunkt noch nicht vorbereitet. Nur 7 oder 8 Genossen laufen vereinzelt zum Tatort, mit Flugblättern, eilig gemaltem Transparent und roten Fahnen. Es bilden sich Diskussionsgruppen. Schütz und Anhang zieht sich zurück.

Aus dem Tagesspiegel: "Ein Teil der Kreuzberger Naunynstraße war gestern nachmittag für den traditionellen "Ringelpietz" gesperrt worden. Die verfallenen Pussaden waren zum Teil mit Papierblumen geschmückt. Vor dem Jugendfreizeithelm eine kleine Tribüne und der Regierende Bürgermeister Schütz, umrahmt von einem Akkordeon-Kinderorchester, begrüßt mit Worten, wie : "Hauptsache ist, daß wir auch mal lustig sind. Weiße Flugblätter: Den Mietern von sieben Häusern in der Prinzessinnenstraße sei zum 1. Dezember gekündigt worden. Heute die Mieter von nebenan, morgen ist die Naunynstraße dran! Zwei Studenten rollen ein Spruchband auf: Der letzte Ringelpietz? Stop dem Abriß! Sekunden später hechtet ein Mann in das rote-weiße Plakat und reißt es nieder. Zwei Polizisten, die an der Straßensperre standen hatten, kommen hinzu. Im Nu hat sich ein Menschenknäuel gebildet. Zwei Männer, vermutlich Anwohner, schimpfen laut und schlagen auf die Studenten ein, die sich nicht wehren. Ein Polizist wird ebenfalls handgreiflich. Man diskutiert heftig. Ein Kreuzberger Stadtrat fotografiert und fotografiert. Schließlich einigen sich die Studenten, sich zurückzuziehen: "Hat ja doch keinen Zweck. "Ein zweiter Funkwagen nähert sich; mehr und mehr Einwohner bedrängen die Studenten. "Das ist hier ein Kinderfest, keine Demonstration," sagt ein Polizist. Höhepunkt des Kinderfestes: Ein Polizeifahrzeug fährt mit Signal und Blaulicht mitten zwischen Kindern und Eltern in die abgesperrte Hälfte der Straße. Polizisten mit Gummiknüppeln und Schutzhelmen nähern sich im Laufschrift dem Menschenknäuel aus Demonstranten, Anwohnern, Kindern. Vier der Demonstranten wurden vorläufig festgenommen und gegen 18 Uhr wieder entlassen."

Se etwa. Die 4,5 Faschisten wurden laufen gelassen, die 4 Genossen in Vorbeugehaft genommen: "Wir halten euch so lange fest, bis das Fest vorüber ist." Ein paar Kinder, 10-13 jährig, zogen die richtige Schlüsselfolge - sie riefen den Genossen zu: "Ihr könnt doch hier nicht so alleine kommen. Ihr müßt euch organisieren!"

JÜRGENS BUCHLADEN
DAHLEM ★ DORF
 Jürgen Schleicher
 1 Berlin 33 Tel. 769 16 25
 Königin Luise Str. 40
 LINKE LITERATUR + POSTER + GRAFIK (auch Fachbücher) nahe U-Bahn

Während der Senat hier auf der Naunynstr. einen Ringelpietz veranstaltet, werden ein paar Straßen weiter die Bewohner der Prinzessinnenstraße vor die Tür gesetzt.

HEUTE DIE MIETTER VON NEBENAN!
 MORGEN IST DIE NAUNYNSSTRASSE DRAN!!

Flugblatt

Vom Lausitzerpl. bis zur Prinzessinnenstr. soll der gesamte Kietz abgerissen werden. Auf dem Oranienpl. soll ein riesiger Autobahnkreisel entstehen. Die Autobahn endet vor der Mauer. Juni 1970 soll das Bothanienkrankenhaus profitablen Wohnkasernen weichen. Die Bauspekulantin Kresmann-Zachach reißt sich schon die Hände. Bisher werden alle Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg getroffen. Die Betroffenen werden entweder gar nicht oder falsch informiert. Wenn im "Kreuzberger Echo" Herr Rätei vom Bezirksamt behauptet, die heutigen Bewohner des Sanierungsgebietes würden in die geplanten Neubauwohnungen einzichen können, so ist das eine glatte Lüge! Derselbe Herr Rätei hat erst kürzlich vor Architekturstudenten zugegeben müssen, daß die Mieten in den geplanten Neubauwohnungen für die heutigen Bewohner des Sanierungsgebietes viel zu hoch sein werden. Die heute im Kreuzberger Kietz wohnenden Arbeiter sollen in die Stadttrandsiedlungen mit ihren Wuchermieten oder in andere Altbaugebiete evakuiert werden.

Die sog. "City-nahen" Randgebiete, wozu das Sanierungsgebiet Kreuzberg gehört, sollen "aktiviert" werden, wie das im Senatsjargon heißt. Das bedeutet: Die Arbeiter werden aus den alten Arbeitervierteln nach und nach rausgeschmissen, die Häuser abgerissen und durch teure Neubauwohnungen für "mittlere Einkommenschichten" ersetzt.

Dieser ganze Betrug wird von Hausbesitzer-Senat, Bauspekulanten und Baulobby unter dem Decknamen "Stadtverneuerung" verkauft.

In Berlin fehlen Wohnungen noch und noch. Dadurch, daß der Senat jetzt außerdem die Altbauwohnungen abreißen läßt, wird der Wohnungsmangel noch vergrößert. Die Hausbesitzer reiben sich die Hände: Nach Einführung des Weißen Kreuzes am 1. Jan. werden sie die Mieten beliebig in die Höhe treiben können.

- Wir fordern
- o Die OFFENLEGUNG DER SENATSPLÄNE und die genaue Information aller von Planungen Betroffenen
 - o Die DURCHFÜHRUNG von Sanierungsmaßnahmen NUR MIT ZUSTIMMUNG DER BETROFFENEN
 - o Neubauwohnungen in Kreuzberg mit NIEDRIGEN MIETEN
 - o Den SOFORTIGEN STOP des Abrisses, bis diese Forderungen erfüllt sind

SOLIDARITÄT MIT DEN BEWOHNERN DER PRINZESSINENSTRASSE!
 NEHMEN WIR DEN KAMPF AUF, SONST
 IST DIESER RINGELPIETZ
 DER ALLERLETZTE HIER IM KIETZ!

Tina Putt
 »Zur Wanne«
 Repressionsfreie Knäpfe, zivile Pein
 Schmalzerstullen und feine Suppen
 Mittwochs Geschlossen!

1 Berlin 31
 Holsteinische Straße 17
 Telefon 86 21 93
 Geöffnet von 19.30-5 Uhr

Zum Nachtschwärmer
 Schmalz stillbar
 geöffnet von 18-8
 Sonntag 14
 I-Schöneberg-Steinmetz

Mieterrat Kreuzberg-Nord
 Büro für Stadtsanierung in der
 Basisgruppe Kreuzberg
 Oranienpl. 15, Ecke Naunynstraße

Buchhandlung

Karin Röhrbein
 1 BERLIN 15
 LUDWIGKIRCH-
 STRASSE 4
 INTERNATIONALE LINKE PRESSE
POLITIK & SOZIOLOGIE
 tel 881 46 59
 WIKIST: ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTEN

Klarer 0,50
 Bier 0,2 50 Pf
 Am 15. 8. 69 hat eine sozialistische Kneipe eröffnet:
ROTER PUNKT
 z.Zt. noch unt. d. alten Scheißnamen COME-BACK
 1 Bin 30
 Mansteinstr. 13
 26 10 30
 05-1 436 744
 32 06 67 19 65
 32 10 30

Wirtshaus Wuppke
 VORGARTEN FÜR DEN HEISSEN SOMMER
 SCHLÜTERSTRASSE ECKE KANTSTRASSE NACH 19

Ein Forum **GO-IN** für Archive
 TEL. 881 3212
 BLEIBTREUSTRASSE 17
 FOLKLORE
 CAFE-THEATER
 GALERIE
 LYRIK FILMCLUB

WANG ~ BACKE-BACKE-KUCHEN WAPPE FÜR SOZIALISTISCHES ZENTRUM WING

Die Wahlen zum Bundestag sind wie das Backe-backe-Kuchen-Spiel der Kinder im Sandkasten. So wie man den Kindern das Spiel beigebracht hat, als ob sie aus Sand echten Kuchen backen könnten, machten die Herrschenden den Wähler glauben, durch Parlamentswahlen die Politik bestimmen zu können.

Wir haben das Spiel durchschaut. Uns kann man weder durch Tortenformen glauben machen, der Sand sei echter Kuchen, noch kann man uns durch das Wahlspielchen vorgaukeln, politische Entscheidungen gefällt zu haben.

Deswegen, für unsere eigenen Bedürfnisse benutzen wir die Wahl. Wir machen eine Wahlvorausage zu Gunsten des SOZIALISTISCHEN ZENTRUMS mit vielen Freisen (Preisliste nächste Woche - Voraussageschein siehe Abdruck - Auswertung am 28.9.1969).

POP MUSIK POSTERS
 TEL. 881 7356
 JEDE WOCHE NEU
 PARIS AUS LONDON
 VORMITTAGS
 GRATIS
 UHLANDSTR. 56

TAG UND NACHT DURCHGEHEND
 GEÖFFNET
 für Linke und liberale Schöpfer!
ROTE RITZE
 KREUZBERG • PRINZENSTRASSE 111
 Tintenfisch 1,95
 Schmalzstullen - 30
 Speckbrot - 60

MATAKA
 2 BUKLIN 15 • BYRONISCHES 833
 249 200/201 tel. 885 5916

SPANISCHE WÜLFE

Shoppop sucht Saaltochter zum Servieren, ab 20 Uhr melden.

Shoppop
 HATTE DISKUSSIONEN & BEWERTUNGEN GESCHÄFTS MÖBLICHEN
 BIER
 KRAUTSUPPE
 TRODEL
 KELLER

APO-LYP

GENOSSEN!!!
 Kenn ihr über Laderwägen oder geeignete Forster in Treibschloß 2017, steht sie in Treibschloß einbringen zu Laderwägen und zur aufwendiger Verfürgung. Kenn ihr Kabarett mit 2000 Personen. Kenn ihr Kabarett mit 2000 Personen. Kenn ihr Kabarett mit 2000 Personen.
 6 18 45 40
 Serad Seagers Barndt Saalort

Reichskabarett
 1 - 15, LUDWIGSKIRCHSTR. 6, 101. 281 08 27, täg. ab. Mo. 2099
 Programm: ALLES HAT SEINE GRENZEN!
 Fr. Sa: 23 Uhr Intertburg & Co - Fr. Sa. So. Theater f. Kinder
 BERLINER FILM-GOOP JEDEN MONTAG 20 u. 23 UHR

wohltat'sche buchhandlung
 artur zemisch - gegründet im jahre 1898
 1 berlin 41, (friedensau) rheinstrasse 11 - telefon 88 85 00

Genossen! Die Jagd auf APO-Tiere hat begonnen!

In Kassel wurden von einem NPD-Jäger in Zusammenhang mit einer Treibjagd auf 'Apos' zwei Genossen angeschossen und schwer verwundet. Sollten wir uns nicht an Prof. Grzimek wenden? Es wäre schade, wenn unsere Rasse aussterben würde.

(Komitee zur Errichtung eines Freigeheges für Apos)



„Noch etwas Druck, und er steht wieder auf lassen.“

Außerdem:
 Wir wollten die beste antiparlamentarische Wahlparty machen. Mit vielen Mikrophonen, Scheinwerfern, Wahlergebnissen und humoristischen Einlagen. Zum Glück ist uns dazu nichts eingefallen. Das machte uns stutzig. Wir hätten uns zur Wahl verhalten wie der Wähler: interessiert, fixiert, angeekelt.

Statt einer antiparlamentarischen Wohltätigkeitsveranstaltung machen wir, was wir noch nicht beim Namen nennen mögen am 28. September ab 18 Uhr in der alten Mensa der TU. Der Reinerlös geht ins SOZIALISTISCHE ZENTRUM.

Nichtsdestotrotz wird im Seitenkabinett die Mattscheibe die Wahlergebnisse projizieren.

ad-hoc-Gruppe "Zerschlägt den Humor und finanziert das Sozialistische Zentrum."

TEE POT

PFALZBURGER 11. 60

BESTELLSCHEN 883

HIERMIT BESTELLE IHRE ABONNEMENTSZEITUNGEN
 ZUM PREIS VON 2,- MONATLICH
 (INCL. PORTO) FÜR DIE HINDETERMINIERTE ZEIT
 DEN BETRAG ÜBERWEISEN SIE IM VORLAUF AUF DAS
 PSCH-KONTO: GRUPE A 221 241, BIN-WEST
 NAME:
 ANSCHRIFT:
 UNTERSCHRIFT:

WAHL - VORAUSAGE

CDU	:	.	%
SPD	:	.	%
FDP	:	.	%
NPD	:	.	%
ADF	:	.	%
Sonstige	:	.	%
Zusammen:		100,0	%

Name:
 Vorname:
 Wohnort:
 Straße:
 Unterschrift:

0 Ich verpflichte mich bis zum 28. September 69 DM 5,- für den Aufbau des SOZIALISTISCHEN ZENTRUM zu spenden. (In bar beim RC oder auf das Sonderkonto der Bank für Gemeinwirtschaft Kto.Nr. 5245, Psch. Kto. der Bank 82800 Berlin West Kennwort: SOZIALISTISCHES ZENTRUM)
 0 Ich werde nicht für das SOZIALISTISCHE ZENTRUM spenden.
 Zutreffendes bitte ankreuzen. Einsendeschluß: 28. September 69, 17,00 Uhr.
 Einsenden an: Republikanischer Club e.V. 1 Berlin 15, Wielandstraße 27

DREHSCHNITZ
 Platzburger
 Straße 20
 BERLIN 31

20 in- und ausländische Tageszeitungen
 40 Zeitschriften
 7 verschiedene Biere
 7 Wodka-Sorten
 4 Fernsehprogramme

UNDOGMATISCHE KNEIPE FÜR LINKE LEUTE
 täglich 18 bis 2 Uhr geöffnet
 Sonntags nie! Tel. 86 29 14

IMPRESSUM: verantwortlich: Redaktionskollektiv "883" beim Agit-Shop.
 Zeitung für Agitation und sozialistische Praxis. 1000 Berlin 15, Uhländstr. 52, Tel.: 883 56 51
 PSchKto: "Gruppe A" 221 241 Bin-West.
 Jeden Sonntag um 17 Uhr öffentliche Redaktionskonferenz im Republikanischen Club, Wielandstr. 27
 Redaktionsschluß Dienstagabend.
 Kleinanzeigen (Preis 2,- Mark) Texte usw. können auch in den Briefkasten der TU-Mensa geworfen werden.
 "883" wird hauptsächlich in Kneipen oder auf der Straße verkauft und hat eine Auflage von 6 000 Exemplaren.
 Man kann "883" auch abonnieren. Kostet 7,50 pro Vierteljahr (Porto, Unschlag, Eintüten). Bei Gruppenabonnement bleibt der Preis bei 30DPF + Porto.



mit Sozial. Groschen
CONTACT
 KANTENER STR. 24
 883 66 74
 IM CONTACT GIBT ES
 IMMER ZU ESSEN (Z.B. SPACHETTI) + ZU TRINKEN
 (Z.B. SANGRIA)

Michel Erzählt

WALDECK - FESTIVAL 69

Wieder einmal errang die expressive Heimkehrerziehung des sozialen Rechtsstaats einen beispielhaften Erfolg: die Eigenliquida-tion des Erziehungsobjekts.

Der Fall Punkt aus Mädchenheim
Burgweilfeld (dpa). Ein Plünderer aus dem Mädchenheim Büttgenadorf (Landkreis Burgweilfeld) wurde in der hiesigen Ge-bietshilfe überführt. Die Polizei gab vom Freitag an, dass der Plünderer ver-sucht, sich an einem Gegenstand, Bestenfalls aus einem Eisenkasten, einen Stück des Heines abzuschneiden. Die Plünderer stürzte die 10-jährige in ihren Metz, die und verlor sie sich so schwer, daß sie nicht mehr lebte.

Tagesgespräch v. 13.9.

Achtung, ihr Ordnungshüter, Klein- und Spießbürger, Wamenschriften, Alt- und Neonazis, liberale Scheißer, kalte Krieger, Zwangschul-propagandisten, NPD-Ordner, Verfassungsschützer, Popos und was sonst so rumläuft!

Die APO-Tiere sind los!



APO-CHSE

Beim BuWe-Kriegsspiel "R88selsprung" wurde der Brigadegeneral Renner, als er mit seinem Hubschrauber auf einer Wiese landete, von einem militanten APO-Tier, nämlich einem Bullen (nein kein Polizist, ein richtiges Rind) umgerannt. Der arme Bundeskrieger er-litt Rippenbrüche, Prellun-gen und mußte schließlich gar geschlagen mit seiner Flugmaschine flüchten.



Folgende Annonce lehnte die Anzeigenabteilung der FRANKFURTER RUNDSCHAU mit folgender Begrün-dung ab:

"Wir danken Ihnen für Ihren Anzeigenauftrag vom 15. August 1969. Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß wir uns nicht entschließen konnten, den uns übermittelten Anzeigentext zu veröffentlichen. Wir verbleiben sonst stets zu ih-ren Diensten, mit freund....

Hier der Text:

Wohnkollektiv
Gründe: Isolierung, Emanzipat. d. Frau, Kommunikation, Erziehung.
Flam: Unabhängige'Enklave' (10 - 14 Pers.) Wohnhaus geschert.
Zuschr. (Kontakte) erb. u. Nr... a. d. Verl.

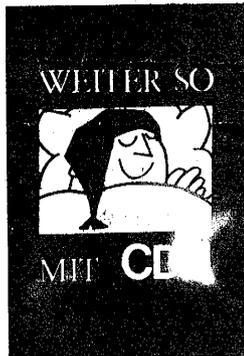
Genossen aus Mannheim

Der Hauptwachmeister bei der Ham-burger Schutzpolizei, Erwin Griem, 28, aus Lütjensee im schleswig-hol-steinischen Landkreis Stormarn, steht dem dortigen 128 Mitglieder starken NPD-Kreisverband vor. Nach seiner Meinung werden "in der NPD die deutschen Interessen erst-rangig vertreten". Die Führung der Hamburger Polizei hält Griem ledig-lich für einen "krassen Außenseiter, dessen Verhalten zwar nicht zu bill-igen" sei, aber "auch keinen An-las zu disziplinarischen Maßnahmen gibt" (so Hamburgs Polizeirat Gün-ter Schilasky). Griem demonstrierte 70 schleswig-holsteinischen Saal-ordnern der NPD verschiedene "Auf-hebe- und Transportgriffe" (Polizei-Fachjargon), mit denen NPD-Ordner Versammlungsstörer zur Räson brin-gen sollen.

Erwin Griem

Hauptwachmeister
2075 Lütjensee

Schickt dem lieben Genossen Scheißspackete etc. !!!!!!!!!!!!!



Teestube
Galerie Gelbhau
BAYREUTHER str. 6
13 SORTEN
TEE

WAS WITTENBERG PLATZ
Warme Küche
Zwiebelsuppe.

nicht irgend eine, die beste PIZZA
PIZZA ROMA

PIZZERIA ROMA
am RATHAUS SCHÖNEBERG III
Treffpunkt der Linken

Beisiger Str. 60 tägl. ab 18^h Tel. 7115 80

"Die alte, aber leider immer noch aktuelle Ballade von den zehn kleinen Negerlein", die Rolf Schwendter, Sänger zur Kindertrö-mel, Subkulturtheoretiker und dreifacher Doktor beim Arbeits-treffen "Waldeck 69 Gegenkultur" auf Burg Waldeck vortrug, traf den politischen Redakteur auf den Kopf: Der Spaltpliz, der in der APO seit geraumer Zeit wuchert, fand auf den Höhen des Hunsrücks reichlich Nahrung. Die Arbeitsgruppe für Subversive Subkultur, eine der Diskussionsrunden des diesjährigen Festivals, formulierte ihre Kritik an den Auseinandersetzungen in einem Flugblatt wie folgt:

"Fraktiose Solidarität unter 'Genossen' ist: Über Gammler, Hippies und Rocker zu schimpfen und ideo-logisieren, weil sie nicht 10 Semester studierten. Keine Linken von der anderen Gruppe drei Sätze ausreden lassen... Die Jungen außerhalb der eigenen Bewegung von jede-Bewusstseinsbildung abzustößen und ausschließen... Mitglieder des Nerother Wandervogels, der auf der Burg ebenfalls sein Domizil hat, taufen Sie Ihre, eine rationale und aggressionsfreie Diskussion zu er-schweren, indem sie rote Fahnen verbrannten und Lieder aus dem Zupfgehänsel schrammelten, als wenn es in diesem Land nie ein Jahr 1933 gegeben hätte. Ent-sprechend war die Stimmung der Teilnehmer, die zwischen den Polen Scheinradikalität und Frustr-ation hin und her pendelte .

Dabei hatte die Projektgruppe Waldeck, in deren Händen die Vor-bereitung des Treffens lag, ver-sucht, durch eine Änderung der bisherigen Festivalskonzeption ein nicht-autoritäres Forum zu schaffen, das progressiven Künst-lern, Kritikern, Wissenschaft-lern, politischen Gruppen und nicht zuletzt dem Publikum die Möglichkeit geben sollte, in einem Erfahrungsaustausch einzutreten und die Ergebnisse der auf der Waldeck geleisteten Analysen in

die Praxis umzusetzen. Insgesamt sieben Arbeitskreise, deren The-men zuvor rund 1400 außerparlame-tarischen Gruppen per Fragebogen vorgelegt wurden, boten Anreiz zu Mitarbeit und Mitbestimmung. Kritik an der ästhetischen Vermitt-lung kritischer Inhalte sollte nicht wie in den fünf Festivals, die bereits in früheren Jahren stattgefunden hatten, mehr oder weniger dem Zufall überlassen bleiben, sondern institutiona-lisiert werden.

Die Chancen an einem neutralen Ort einiges zur Klärung des Selbst-verständnisses der Neuen Linken beizutragen, wurde zum größten Teil nicht genutzt. Statt inhalt-lich zu diskutieren beschränkte man sich darauf, einander mit den gängigen Schimpfwörtern des anti-autoritären Vokabulars zu bedenken.

Eine Gruppe wie die "4 Conrads" - Düsseldorf Arbeiter, die im Ruhrgebiet mit ihren Liedern gegen die NPD agitieren - wurde im Festzelt ausgepfiffen. Zugegeben: Die Texte der Düsseldorfer sind gelegentlich recht undifferenziert. Warum versuchte man aber nicht gemeinsam mit den Conrads über ihre Schwierigkeiten zu reden, warum half man ihnen nicht, das Phäno-men des Faschismus, das sie immer wieder ansprechen, auch nur an-satzweise zu analysieren? Kriti-sches Bewusstsein läßt sich schwer-lich durch ein Pfeifkonzert eli-tärer Festival-Besucher erzeu-gen.

Wesentlich unkritischer verhielt sich das Publikum gegenüber den zahlreichen Bands, die unter dem Etikett Polit-Beat angekündigt worden waren. Bis tief in die Nächte dröhnten ihre elektrisch verstärkten Instrumente und er-zeugten ekstatische Begeisterung.

Inwiefern die Musik von Guru Guru Groove, Xhol Caravan etc. aller-dings politische Qualitäten haben soll, - wenn man von der Spontaneität, die sie freisetzen kann, absieht - wurde nicht deutlich. Spontaneität allein ist noch nicht positiv zu bewerten, da sie sich nach jeder Richtung manipulieren läßt, falls nicht kritische Ratio-nalität hinzubritt. Letzteres

trifft allenfalls für "Checkpoint Charlie" zu, eine Gruppe aus Karlsruhe, die mit Free-Beat- und Zitattechniken arbeitet und Manipulationspraktiken der Ge-sellschaft mit ungeheurer Aggres-sivität entlarvt - ähmlich dem Kölner Kabarett "Floh de Cologne".

So wenig das diesjährige Festi-val auch an konkreten Ergebnissen brachte: Es wäre schade, wenn es das letzte gewesen wäre. Gefahr droht von zwei Seiten. Der Nero-ther Wandervogelprozessiert seit Jahren mit der Arbeitsgemein-schaft Burg Waldeck (ABW) um das Gelände der Burg. Falls die Nerother in letzter Instanz gewinnen, besteht wenig Anlaß zur Hoffnung, daß sie sich in ihrer romantischen Nabel-schau noch einmal durch ein lin-kes Festival stören lassen. Sollte trotz aller Schwierigkei-ten die Waldeck auch im nächsten Jahr als Diskussionsforum der außerparlamentarischen Linken fungieren, so haben schon jetzt SDS-Gruppen angekündigt, daß sie ein weiteres Treffen auf der Wal-deck verhindern würden. Die Me-tapher von dem, der zwischen zwei Stühlen sitzt, ist entsetzlich abgegriffen. Auf die Veranstalter des Arbeitstreffens läßt sie sich gleichwohl anwenden. Es hat den Anschein, daß die Zerstörung eines Freiraumes der Linken ein-igen Leuten für die Mißerfolge der letzten Zeit Ersatzbefriedi-gung schaffen soll. Um nochmals auf Rolf Schwendters Ballade von den zehn kleinen Negerlein zurück-zukommen: Es besteht wenig Aus-sicht, daß die APO ihre Widersprü-che austrägt, und trotzdem in Ak-tionspolitik wuchert!!

Wolfgang Stenke

BARTPAVILLON
STUDENTEN UND
KONSTLERKNEIPE
KREUZBERG · NAUNYNSTR.
T. 615376 54

Game billig !!
DIREKT aus INDIEN
Schmuck, Seide, Kleider,
Rüscherkerzen.
INDUSTRIE-Indian-Stand
AUSSTELLUNG Halle R bei
aus schneiden **BATRA**
und mitbringen 10% Rabatt
Bei Batra melden.

"Linke Proleten" sind hier unerwünscht!
milli vanilli
BERLIN 10, KNEBELCKSTR. 32
ESKAT, KU, ZAMM TEL. 8 93 39 92

33-KNEIPE MIT DUFTEN SUPPEN · REVOLUTIONÄRE WANDLIDER · OLIVER
ISZ

KANT STRASSE
STEVE CLUB
Folklore
Klapp
Chansons
KRUMME STR. 11.50



Bremer Arbeiter und Betriebsräte gaben klar zu verstehen:

Ursache der Streiks war die Profitgier der Unternehmer

Von unserem Berichterstatter Eberhard SCHROEDER

In der Bremer Klöckner-Hütte und im Schwabenwerk Omnibüch wird wieder gearbeitet. Seit Sonnabend um 16.00 Uhr werden die Maschinen beschallt. Nach neun Tagen kommt der Streik zu Ende mit Erfolg. Durch die Kompensation des 1950 „Stahlklocher“ - wie die sich nennen, konnte ein neuer Tarifvertrag, der rückwärts zum 1. September an eine Lohn- und Gehaltssteigerung von elf Prozent vorsieht, sowie eine außerordentliche Zulage durchgesetzt werden.

Wenn sich demnach in der Urabstimmung der Belegschaft für die Annahme des Konzernangebots und damit die Wiederaufnahme der Arbeit nur wenig mehr als 50 Prozent entschieden, dann ist das Ausdruck für die große Verbitterung unter der Klöckner-Belegschaft.

Hinter der Belegschaft liegt ein besonders harter Kampf. Von den Stahlbussen waren alle Verbündeten in Presse und Rundfunk mobilisiert worden, um in einem Nervenkrieg die einheitliche Front der Stahlarbeiter zu durchbrechen. Der Nikommunismus mußte wieder einmal herhalten, um die Belegschaft untereinander und gegen den Betriebsrat aufzubringen. Ein vergleichendes Verlangen. Damit konnte man keinen Blumentopf bei der Belegschaft gewinnen. Die Kommunisten werden als konsequente Gewerkschaftler geschätzt und geachtet.

Aber wurde das Feuer auf den Betriebsrat verfrachtet. Auf jene Männer, die für die Interessen ihrer Kollegen in die Bresche gesprungen waren und die Tag und Nacht in einer Vielzahl von Verhandlungen die Forderungen konsequent verteidigten. Sie diffamierte man als Betrüger, die nur ihr politisches Spiel zu spielen wollten.

Wie hinverbrannt und ab-

den grotesksten Erklärungen. Den Vogel schied hierbei fraglos der Springer-Schreiber Neander in der „Welt am Sonntag“ ab. In seinem „Hintergrund-Bericht“ sind die Streiks mehr ein Jux — so wie „Stimmung bei Borussia, wenn dort sonntags gekickt wird“.

Aber so ganz scheint er seiner eigenen Weisheit nicht zu trauen; denn an einer Stelle kommt er zu den immerhin bemerkenswerten Eingeständnissen: „Tatsache aber ist, daß die politische Landschaft durch diesen Streik verändert ist. Man hat sich in den Leuten verreckt“.

Und wie man sich verreckt hat — kann man hier nur hinzufügen. Das ganze Wahlstandsgebälge nehmen die „Leute“ nicht mehr ab, das ihnen Springer und die Wahlredner täglich bieten. Sie sehen, daß die Preise davonwärtig, daß die Reallohnverhältnisse der Arbeiter, die Forderung ihrer elementaren sozialen Forderungen auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben wird, daß man heute schon in aller Öffentlichkeit über den Ausländerausfuhrer spricht, der nach den Wahlen eingekollt werden soll. Die „Leute“ sollen wieder bezählen.

Der Betriebsratsvorsitzende der Klöckner-Hütte hatte auf den Nenner gebracht: Die Ursachen des Streiks sind in der Stillhaltspolitik, die man uns aufzugesungen hat, das ist Heutzutage, das ist die dinklere Weltarbeit, und man muß sich nur einmal der geringen Mühe unterziehen

und die Protokolle der Gewerkschaftskonferenzen des letzten Jahres nachlesen. Die Reden der Delegierten decken diese Aussage, und wer wollte abstreiten, daß die Situation in den Betrieben nicht

politisch, wie weit haben sie die Machtverhältnisse in den Betrieben in Frage gestellt? Aber sind solche Forderungen überhaupt realistisch? Bei den steigenden Lebenshaltungskosten ist doch klar, daß zunächst für den Arbeiter eine Verbesserung der finanziellen Verhältnisse am wichtigsten ist. Dazu fehlen für eine Infragestellung des Kapitalismus die Voraussetzungen: Viele Arbeiter sahen in ihrem Arbeitgeber noch nicht den direkten Feind bzw. wissen sie genau, daß sie sich ohne Organisation nicht gegen ihn wehren können.

„Unpolitisch“ waren die Streiks insofern, als die Streikenden mit keiner der Organisationen zu tun haben wollten, die gegenwärtig die offizielle Politik machen. Denn sie haben gemerkt, daß keine von diesen ihre Interessen vertritt. Die Glöckner-Arbeiter angien dazu, daß sie nicht von Parteidoctrinen „gegängelt“ werden wollten.

Die bürgerliche Presse war sehr erfreut darüber, daß sich in Saarbrücken Bergarbeiter von solidarischen APG-Leuten distanziert haben und deren rote Fahnen verbrannt haben. Sie lobte, daß die Arbeiter sich gegen die „kommunistische Steuerung“ zur Wehr setzten. In abgeschwächter Form ist diese Haltung auch bei den meisten anderen Arbeitern vorhanden, die sich, wenn nicht ablehnend, dann doch mißtrauisch gegenüber Studenten verhalten: als Grund geben sie an, was sie auch schon über die Parteien und Gewerkschaften gesagt hatten: sie wollten sich nicht von einer über ihnen stehenden Klasse oder Organisation bevormunden lassen. Die Studenten, die sich während des Streiks mit ihnen solidarisierten wollten, sind für sie Leute einer besonderen Schicht, die nur Anweisungen geben wollen und mit denen sie deshalb nichts zu tun haben wollen.

Anderswärts hörte man Arbeiter häufiger sagen: „Ihr seid noch die einzigen, die etwas tun.“ Dabei ist ihnen wie uns nicht klar, wie eine Zusammenarbeit organisiert werden kann. Ein Glöckner-Arbeiter definierte es so: „Ihr macht uns Analysen, damit wir unsere Situation besser begreifen können.“

Die herrschende Ideologie der „Sozialpartnerschaft“ ist Ideologie der herrschenden Klasse, die dazu dient, den Klassen Gegensatz zu verschleiern.



Das wichtigste an den Streiks war, daß sich die Arbeiter unabhängig von den Gewerkschaften zum Streik, entschlossen und sich zu organisieren begonnen hatten. In Bremen z.B. wo der Streik von Klöckner mit um längsten durchgehalten wurde, hatten sich die Arbeiter früher schon einen Betriebsrat gewählt, der gegen den Willen der I.G. Metall zustande kam.

Bei Hoesch und Rhein Stahl hatten die DAF-Arbeiter regelmäßig konzentrierte Versammlungen durchgeführt und damit die Isolierung der einzelnen Arbeiter durchbrochen. Warum die Forderungen der Arbeiter reaktionär? Außer dem vereinzelt Widerstand gegen Arbeitsplatzbewortungs-Systeme und neue Akkordsätze gab es in der Hauptsache keine Lohnforderungen; und zwar im Gegensatz zu Vorstellungen der Gewerkschaft keine prozentualen Erhöhungen, sondern Pfennigbeträge, so daß allen Arbeitern im Betrieb die gleiche Erhöhung zukam. Sind diese Forderungen nicht rein systemimmanent, um ein bürgerliches Wohlstandsniveau zu erreichen? Hätten die Arbeiter nicht vielmehr Veränderungen am Arbeitsplatz, radikale Arbeiterkontrolle fordern sollen? Wie weit waren die Streiks

PLAKATE KUNSTWERKE
BERLIN 41
KAISEREICHE
Eva's POSTER SHOP
KRIMSKRAMS POSTER BILDER
Cedmuch & RINGE KETEN

DIE SIEGREICHEN DREI AUS AMERIKA
LEE - LEVIS - WRANGLER
JEANS SHOP
KANTSTRASSE 154A ECKE FABANENSTRASSE 23 1000
S. 8

„Für harte Arbeit harte D-Mark. Das garantieren wir.“
(Kiesinger)

Sie sind die Tatsachen:
Die harte D-Mark erhalten die Monopole

- Nach der neuesten Statistik des Bonner Wirtschaftsministeriums ist das Einkommen der Unternehmer von 118,7 Milliarden 1957 auf 139,6 Milliarden D-Mark 1968 angestiegen. In diesem Jahr soll die 150-Milliarden-Grenze überschritten werden.
- Der Kriegsverbrecher Friedrich Flick kostierte 1968 aus sechs der von ihm kommandierten Rüstungsbetriebe einen Gewinn von 215 Millionen D-Mark. Das entspricht einem „Stundenlohn“ von 125.000 D-Mark.
- Notbankier Abs bezog allein 1966 aus 27 Aufsichtsratsstellen Immobilien von rund 600.000 D-Mark. Dafür mußte ein Arbeiter etwa 65 Jahre lang arbeiten.
- 4 Millionen D-Mark Dividende setzten die Aktionäre der AEG-Telefunken-Gruppe 1968 ein. Zur gleichen Zeit wurden mit dem amerikanischen Zero-Defects-System 12.000 „Mitarbeiter“ wagnislos entlassen.

Die harte Arbeit hingegen hütete die Arbeiterklasse

- Obwohl die Arbeitsproduktivität in der westdeutschen Industrie im letzten Quartal 1967 um 12 Prozent stieg, verminderte sich das Reallohnkommen der Industriearbeiter 1967 um rund 6 Prozent.
- Die Einkommensverluste der Werktätigen durch Kurzarbeit, Entlassungen und Sozialabbau betragen 1967 rund 8 Milliarden D-Mark.
- Arbeitsunfälle und Frühinvalidität haben einen katastrophalen Umfang angenommen.
- Dessenungeachtet wurde der staatliche Sozialetat um 15 Milliarden D-Mark gekürzt.

Sozialismus erfordert die Selbstverwirklichung des Menschen. Die Bürokratie ist deshalb dem Sozialismus wesensfremd. Wichtige Mittel im Kampf gegen bürokratische Erbscheinungsformen sind deshalb: Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins und Demokratisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Wir vertreten unsere Interessen selbst
600 für unsere Familie = 1 Meutung

Die spätkapitalistische Gesellschaft ist nach wie vor in zwei große Klassen gespalten, die sich antagonistisch gegenüberstehen: In die Klasse der Kapitalisten und in die Klasse der Lohnabhängigen.

Die historische Aufgabe der Arbeiterklasse besteht in der Aufhebung der bestehenden Klassengesellschaft durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Hierfür ist die Eroberung der politischen Macht notwendige Voraussetzung.

Der bürgerliche Staat muß durch einen revolutionären Akt zerschlagen, die bürgerliche Staatsmaschine zerbrochen werden. Anstelle des bürgerlichen Staates tritt der sozialistische Staat, der nichts anderes sein kann als die Diktatur des Proletariats.

In der Klassengesellschaft einer bestimmten Klassenlage

LEIERKASTEN
JAZZ FOLKLORE
Kreuzberg!
Zassenberg
612 5653